

Kita-Gebühr: Kreis erlässt Eltern die Beiträge

Kinder bei Tageseltern zahlen im April und Mai nichts

Von Alexander Engels und Annika Jensen

Mittelmark. Viele Eltern von Kindern im Kita-Alter können aufatmen. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark erlässt für April und Mai die Betreuungsgebühren für Kinder, die sonst von Tageseltern betreut werden – auch, wenn die Notbetreuung in Anspruch genommen wurde. Im Juni muss niemand Gebühren zahlen, wenn für das Kind zum Stichtag 1. Juni kein Anspruch auf Notbetreuung bestand. Bislang gab es nur den Verzicht auf die April-Gebühren.

Wie Pressesprecherin Andrea Metzler am Donnerstag mitteilt, ist es dabei nicht relevant, ob das Kind in der Notbetreuung eine Kita oder eine Tagespflegestelle besucht.

Die Kommunen, die nach dem öffentlich-rechtlichen Vertrag die Elternbeiträge für Krippen, Kindergärten und Horte erheben, werden darüber informiert. Der Notbetreuungsanspruch für Kinder, die in der Tagespflege betreut werden, wird auf Antrag vom Gesundheitsamt des Kreises genehmigt.

Der Kita-Elternbeirat hatte jüngst eine Petition gestartet, die unter anderem einen Gebührenerlass fordert. Für die Vorsitzende, Doreen Recknagel, ist der Erlass der Elternbeiträge ein Schritt in die richtige Richtung. Ihre Bemühungen für Erleichterungen, in deren Zuge sie auch eine Online-Petition gestartet hat, sieht sie allerdings nicht be-



In der Kita Lehnin findet derzeit nur eine Notbetreuung statt.

FOTO: FRANK BÜRSTENBINDER

endet. „Was passiert zum Beispiel mit dem Essensgeld, das weiter in vielen Kommunen erhoben wird und dem keine Leistung entgegensteht?“, fragt sie sich, „ein weiteres großes Thema für uns sind die Sommerschließzeiten. Viele Eltern mussten ihren Urlaub nehmen und haben keinen mehr zur Verfügung.“

Wenn die Kitas in den Sommerferien dann schließen, wäre das ein Problem. „Außerdem sind die Kinder nun so lange aus den Kitas raus, dass langsam wieder pädagogische Arbeit notwendig ist.“ In Bezug auf die Sommerschließzeiten hätten einige Eltern schlaflose Nächte.

Von Josephine Mühlh

Baitz. Ans Telefon will Bernhard Frisch schon gar nicht mehr gehen. Er ahnt sowieso, was der Gesprächspartner am anderen Ende will: Seinen Aufenthalt in Frischs Kinder- und Jugendherberge in Baitz stornieren. Und das Geld zurück. „Allein, die ganzen E-Mails zu beantworten, ist schon frustrierend“, sagt der Unternehmer.

Bernhard Frisch kämpft in der Coronakrise um seine Existenz. Die Herberge ist, wie alle anderen touristischen Einrichtungen, seit Mitte März geschlossen und darf bis auf weiteres keine Gäste mehr empfangen. „Mich erreichen täglich Stornierungen, bis in das zweite Halbjahr hinein“, sagt Frisch.

Mitarbeiterinnen gekündigt

„Zum Teil sind Kinder- und Jugendreisen von den Behörden schon bis zum 31. Dezember 2020 verboten.“ Sein Umsatz werde in diesem Jahr voraussichtlich um 90 Prozent sinken, sagt er weiter. Zwei Mitarbeiterinnen habe er in Kurzarbeit schicken, zwei weitere kündigen müssen. Von der Politik fühlt sich Bernhard Frisch in dieser Situation im Stich gelassen. Deshalb hat er sich jetzt mit einem offenen Brief unter anderem an das Wirtschaftsministerium von Bund und Land gewandt.

„Unabhängig davon, dass ich seit dem 18. März 2020 keinerlei Einnahmen mehr habe, soll ich jetzt sogar die Stornierungen kostenlos durchführen und geleistete Anzahlungen erstatten“, kritisiert er in dem Schreiben, das der MAZ vorliegt.

„In den von mir abgeschlossenen Belegungsverträgen sehen die AGB eindeutige Regelungen für Stornierungen vor, um meinen Betrieb vor genau einer Situation wie der jetzigen zu schützen“, schreibt Frisch weiter. „Der Staat setzt die AGB außer Kraft, lastet die Kosten nur einem Vertragspartner auf. Er verordnet Betriebsstillstand – dann muss er auch die Kosten dafür übernehmen.“ Der Herbergsleiter fordert in seinem Brief, „die Ungleichbehandlung in der Tourismusbranche zu beenden“ – und zwar unabhängig von der Betriebsgröße. „Warum sollen Airlines und Reiseveranstalter jetzt die Möglichkeit bekommen, Gutscheine zu verteilen statt Rückzahlungen?“, fragt Frisch.

Er habe weiterhin monatlich laufende Kosten – für Kredite, Heizung, Wasser, Abwasser, Strom und mehr. Ausgaben von insgesamt rund 4000 Euro. „Die 9000 Euro Soforthilfe des Landes sind Mitte Mai verbraucht, eigentlich soll das Geld für drei Monate reichen“, sagt der Baitzer. „Es ist frustrierend, so zum Hartz-4-Empfänger zu werden, den Antrag stelle ich aber gerade.“

Verlust aufteilen

Eine Besuchergruppe hätte bislang trotz Stornierung das Geld nicht zurückgefordert, drei weitere hätten aus Solidarität 40 Prozent der Bu-

Hilferuf aus Baitz

Bernhard Frisch betreibt eine Tagungsstätte für Kinder und Jugendliche – er fühlt sich in der Corona-Krise im Stich gelassen und bittet die Landesregierung jetzt um Unterstützung



Die Kinderherberge hat seit dem 18. März keine Einnahmen mehr und die Stühle bleiben leer.

FOTOS: JOSEPHINE MÜHLH



Betreiber Bernhard Frisch schaut in eine ungewisse Zukunft.

chungskosten bezahlt. „Ich müsste eigentlich zwei Kredite aufnehmen: Einen, um die Anzahlungen an die Kunden zurückzuzahlen, und einen, um über das Jahr zu kommen“, sagt Bernhard Frisch.

Er spricht sich dafür aus, den Verlust zwischen beiden Vertragspartnern zu teilen – die Kunden könnten die Last je nach Gruppengröße zudem auf mehrere Schultern verteilen. „Es ist schlimm, dass man sich jetzt teilweise mit langjährigen Stammkunden in die Haare kriegt. Der ganze Alltag ist zusammengebrochen, man wird traurig und lustlos.“

Eine Antwort aus dem Wirtschaftsministerium hat Bernhard Frisch nun erhalten. Man wisse, dass die Tourismuswirtschaft in be-

sonderer Weise von der Krise betroffen sei, schreibt Martin Linsen, Leiter des Referats Tourismus, darin unter anderem. „Wir arbeiten derzeit intensiv an zwei Dingen: Zum einen an Szenarien, wie wir eine

schrittweise Öffnung für die Branche so ermöglichen können, dass wir nicht wieder in eine prekäre Infektionssituation kommen. Zum anderen arbeiten wir an Programmen, die der Branche helfen sollen, die

Zeit der Schließung und das stufenweise Wiederhochfahren mit reduzierten Einnahmen zu überstehen.“

Als „alles in allem sehr unkonkret“ bezeichnet Bernhard Frisch den gesamten Inhalt des Schreibens. Er wolle nun die weiteren Entscheidungen hinsichtlich der Reisewarnung abwarten – und dann Kredite beantragen, um das Jahr finanziell abzusichern. „Nachdem ich nun schon 30 Jahre Kredite abbezahlt habe, muss ich mich jetzt wieder verschulden“, sagt er.

Was bleibe, sei die Hoffnung. „Darauf, dass es 2021 weitergeht und wir ab März wieder Geld verdienen können.“ Denn eine Schließung seiner Herberge, sagt Bernhard Frisch, die wolle er sich gar nicht vorstellen.

Aus altem Bauernhof entstanden

Das Tagungshaus in der Baitzer Bahnhofstraße ist aus einem alten märkischen Bauernhof entstanden, der von 1990 bis 1992 umgebaut und modernisiert wurde.

Seit der Eröffnung haben Bernhard Frisch

und sein Team dort schon rund 50.000 Kinder und Jugendliche begrüßt – ob für Kitareisen, Klassenfahrten oder Seminare.

Bei Stornierungen gilt in Baitz eigentlich: Wer innerhalb von drei Mo-

naten vor Anreise storniert, muss noch 90 Prozent der Kosten zahlen. Wer mehr als drei Monate Vorlauf hat, noch 25 Prozent – und um die geht es Bernhard Frisch jetzt. 80 Prozent seiner Gäste kommen aus Berlin.



Das Leben im Baitzer Tagungshaus steht still.

Besserer Brandschutz für den Wald bei Klausdorf

Stiftung Naturlandschaften erweitert Löschbrunnen und Schneisen für Feuerwehren auf dem alten Truppenübungsplatz

Von Thomas Wachs

Klausdorf. In heißen und trockenen Sommern etwas sorgloser schlafen können sollen künftig unter anderem die Bewohner von Klausdorf bei Treuenbrietzen. Ihr kleiner Ort grenzt direkt an ein Risikogebiet an. Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz, der bis heute mit Altmunition verseucht ist, kam es zuletzt regelmäßig zu Waldbränden.

Mit am stärksten betroffen war die Ortslage von Klausdorf im August 2018 aus dem großen Waldbrand auf insgesamt gut 350 Hektar kommunaler und privater Waldflächen zwischen Frohnsdorf und Klausdorf. Das Dorf musste evakuiert werden.

Jetzt hat die Stiftung Naturlandschaften, die das Areal am Keilberg bei Bardenitz bis hinüber nach Luckenwalde und Jüterbog als Wildnisfläche betreut, dort die Wald-

brandvorsorge verbessert. Weitere Zufahrten für die Anfahrt von Feuerwehren, Schneisen gegen die Ausbreitung von Flammen sowie drei neue Löschbrunnen wurden geschaffen.

„Die Arbeiten zur Waldbrandvorsorge auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Jüterbog liefen nun in Abstimmung mit Feuerwehren, Forstverwaltung, Naturschutz sowie Brandschutzexperten“, erklärt Anika Niebrügge, die Sprecherin der Stiftung, gegenüber der MAZ. Für das verbesserte Waldbrandschutzsystem ausgewertet worden waren die Erfahrungen aus der Bekämpfung der letzten großen Brände im vorigen Sommer.

„Das Schutzsystem dient dazu, die Sicherheit der Anwohner und Einsatzkräfte zu gewährleisten und das Übergreifen von Feuern auf Nachbarflächen zu verhindern“, erklärt Anika Niebrügge.

Zur Vorbereitung auf die Waldbrandsaison fanden bereits Anfang des Jahres Instandsetzungsarbeiten und Baumfällungen auf mehreren Waldbrandschutzschneisen statt.



Von Klausdorf aus lief die Bekämpfung des großen Waldbrandes im Sommer 2018 auch per Hubschrauber.

FOTO: THOMAS WACHS

Insgesamt hat das System der Brandschutzschneisen der Stiftung nun eine Länge von rund 40 Kilometern. Zum Schutz der Ortslage Klausdorf hat die Stiftung das Sys-

tem nun um rund zwei Hektar Fläche sowie bei Felgentreu um weitere zwei Hektar erweitert.

Das bereits bestehende umfangreiche Brunnsensystem auf ihren Flächen erweiterte die Stiftung zudem mit drei neuen Brunnen. „Somit sind nun mindestens alle zwei Kilometer entlang der Brandschutzschneisen Brunnen vorhanden“, erörtert die Sprecherin. Die Feuerwehre habe die Brunnen bereits getestet und abgenommen.

Die Stiftung Naturlandschaften finanziert die Brandschutzarbeiten mit Fördergeld aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums.

Zur Verbesserung der Sicherheit für die Ortslage Neuheim hat die Stiftung zudem eine 3,6 Kilometer lange Schneise von Muniton befreit und neu angelegt. Dieser Brandschutzstreifen wird beidseitig von je drei Meter breiten Wundstreifen als

Sandflächen ohne Vegetation und – wo vorhanden –, von Laubholzbeständen mit geringer Brandlast begleitet.

Dafür hat die Stiftung Finanzierungshilfe aus Fonds für Naturschutz- und Hilfsarbeiten zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald beantragt.

Vor allen Arbeiten zum Waldbrandschutz ist immer allerdings das größte Problem zu lösen auf dem über Jahrzehnte als Truppenübungsplatz genutzten Areal. „Auf den benötigten Teilflächen ist immer die Altmunition zu beseitigen“, erklärt Anika Niebrügge. „Diese Entmunitionierung hat die Stiftung bislang fast vollständig aus Eigenmitteln finanziert“, sagt die Sprecherin. Dazu nutzt sie seit 2019 auch anteilige finanzielle Unterstützung für Kampfmittelräumung aus Landesmitteln.